

Anzinger Post

Zeitung des SPD-Ortsvereins

02/12



Im Blickpunkt

"Wie die Alten die Jungen ausplündern", titelt der *Spiegel*, und "Ran an das Geld der Rentner" fordert die *Welt*. Immer öfter versuchen Medien Jung gegen Alt aufzuwiegen. Das sogenannte Problem der Generationen ist aber kein Problem zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Reich und Arm. Der Generationenkonflikt ist in Wirklichkeit ein Verteilungskonflikt.

Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, quer durch alle Altersstufen, die mit immer weniger Einkommen und sozialen Leistungen auskommen müssen. Es gibt immer mehr Arme unter den Jungen, (z.B. durch geringfügige Beschäftigung oder unbezahlte Praktika) wie unter den Alten. Es gibt wenige Reiche, die immer reicher werden - auch dort, ob jung oder alt.

Das Gerücht über die reichen Alten trifft im Übrigen für die Mehrheit der Älteren nicht zu, mehr als die Hälfte aller Renten sind Kleinstrenten, die Altersarmut ist programmiert. Die Kernfrage müsste also lauten, warum in einer wachsenden Wirtschaft immer mehr Menschen - jung oder alt - mit immer geringerem Einkommen und einer immer schlechteren sozialen Absicherung leben müssen.

Man muss sich fragen, warum immer mehr gesellschaftlicher Reichtum bei einem immer größer werdenden Teil der Gesellschaft zu immer mehr Armut führt. Wer wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu einem Pseudo-Generationsproblem macht, blendet wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Rahmenbedingungen bewusst aus.

Ernst Caspersen

Der Landkreis Ebersberg

Politik aktiv gestalten

Albert Hingerl ist seit dem Jahr 2000 Bürgermeister der Gemeinde Poing und seit 2008 Sprecher der SPD-Fraktion im Kreistag. Im Landkreis Ebersberg stehen personelle Veränderungen bevor. Damit einhergehend werden sicherlich die Akzente in der Sachpolitik auf Kreisebene teilweise auch anders gesetzt werden. Als Bürgermeister der wachstumsstärksten Gemeinde im Kreis kann dazu Albert Hingerl, im Gespräch mit der Anzinger Post, seine Vorstellungen darlegen.

Anzinger Post:
Du bist Bürgermeister von Poing und gleichzeitig Vorsitzender der SPD - Kreistagsfraktion. Wie schaffst Du das?

Albert Hingerl:
Es ist natürlich aufgrund zusätzlicher Termine ein erheblicher zeitlicher Mehraufwand, aber bei einer guten Organisation und Selbstdisziplin ist diese Doppelfunktion durchaus machbar. Ich versuche, den gestellten Aufgaben als Bürgermeister und als Kreistagsmitglied möglichst sach- und zeitgerecht nachzukommen. Aus der Sicht des Bürgermeisters sehe ich auch Vorteile, denn ich bekomme auch wichtige Informationen für meine Arbeit in Poing. Als Kreistagsmitglied muss ich selbstverständlich auf Interessenkonflikte besonders achten.

Auch im Landkreis Ebersberg stellt uns der demografische Wandel vor neuartige Herausforderungen. Der Kreistag hat im Juli 2010 das erste seniorenpolitische Gesamtkonzept

für den Landkreis Ebersberg verabschiedet.

Du hast Dich bereits früh für ein individuelles, wohnortnahes und umfassendes Betreuungsangebot für Senioren eingesetzt und im Landkreis dafür geworben. Wie wurde Dein Engagement im Kreistag aufgenommen?



Albert Hingerl

Ich hatte damals von einem „Kleeblatt-Modell“ aus Ludwigsburg gehört und dafür geworben, dass sich der Landkreis Ebersberg an einem solchen Bürgermodell beteiligt. Leider fehlte dem Landkreis damals die Weitsicht und er hat deshalb eine Beteiligung am Bürgermodell abgelehnt.

Was hat dann die Ablehnung des Kreistages bewirkt, wie hat die Gemeinde Poing darauf reagiert?

Nun, wir sind ohne dem Landkreis los marschiert. Gemeinsam haben Grafing, Kirchheim und Poing den Pflegestern als gemeinnützige Gesellschaft aus der Taufe gehoben. Mittlerweile haben sich weitere Gemeinden wie Finsing und Oberding aus dem Landkreis Erding angeschlossen. Interesse bekunden weiter die direkten Nachbarn Anzing und Pliening.

Wir waren damals überzeugt, auf dem richtigen Weg zu sein, denn viele Mitbürger wünschen, in ihrem individuellen, wohnortnahen und gewohnten sozialen Umfeld alt zu werden.

Der Pflegestern ist ein Vorbild für erfolgreiche kommunale Zusammenarbeit bei der Betreuung und Versorgung älterer Menschen und beweist, dass zusammengeschlossene kleinere Einheiten durch Kostenoptimierungen tragfähig sind.

Besonders hervorheben möchte ich, dass z. B. ein solches kommunales Bürgermodell in Poing ehrenamtliches Engagement hervorgerufen hat. Hier denke ich insbesondere an das Seniorencafé, das von Ehrenamtlichen tagtäglich durchgeführt wird.

Dies ist ein gutes Beispiel einer interkommunalen Zusammenarbeit. Gibt es noch weitere Beispiele einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden?

Ja, z.B. die Zusammenlegung von Standesamtsbezirken. Die Gemeinde Anzing hat die Aufgaben des Standesamtes an Poing ausgliedert. Die Trauungen führt

der Anzinger Bürgermeister weiterhin vor Ort durch. Weitere Beispiele sind das kommunale Bus-system PPA (Poing – Pliening – Anzing) sowie die auf meinen Vorschlag hin zusammengeführten Wasser- und Abwasserzweckverbände zu einem leistungsstarken Versorgungsunternehmen München – Ost.



Bürgermeister Hingerl im Gespräch mit Max Mundigl und Reinhardt Friedrich

Ist die interkommunale Kooperation ein Zukunftsthema für Gemeinden und wie kann der Landkreis hier Unterstützung bieten?

Dies ist ohne Zweifel ein zentrales Zukunftsthema, das für immer mehr Kommunen an Bedeutung gewinnen wird. Die Zusammenarbeit auf politischer Ebene bietet ein breites Spektrum und stellt eine richtungsweisende Handlungsoption für Kommunen dar, um den künftigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Konkret geht es dabei um Kosteneinsparung sowie effektive Nutzung der Personalressourcen.

Unser Landratsamt kann und muss dabei eine zentrale Rolle spielen. Es muss sich bei wichtigen Fragen und bei der Vermittlung von Kontakten in alle politischen Richtungen einbringen. Es kann auch durch eigene Impulse Ideen anstoßen, die die Gemeinden aufgreifen können.

Welche Landkreisthemen sind im Speckgürtel von München besonders wichtig?

Ein zentrales Zukunftsthema für den Landkreis sind bezahlbare Wohnungen. Der Landkreis und seine Gemeinden müssen verstärkt für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums sorgen, damit auch Bürger mit geringem Einkommen mit gutem und bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Als verlässlicher Partner steht dafür die Wohnungsgenossenschaft GWG im Landkreis zur Verfügung.

Weitere Themen sind der

demografische Wandel, die Inklusion und die Mobilität.

Mobilität, d.h. wie bewegen wir uns zukünftig fort? Unbestritten steht hier der Ausbau der S-Bahn im Vordergrund, vor allem auch die Erweiterung und Vernetzung aller kommunalen Buslinien.

Die Finanzierung dieser massiven Infrastrukturmaßnahmen kann ein Landkreis nicht leisten. Hier müssen Bund und Land gefordert werden. Dies ist meines Erachtens nur durch Umschichtungen von Haushaltsmitteln aus dem Straßen- in den Bahnbereich machbar.

Kümmern müssen wir uns auch um die notwendigen Veränderungen unserer Umgebung, die der demografische Wandel mit sich bringt. Neue Wohnformen, wie Seniorenwohngemeinschaften und Freizeitangebote, sind hier als Stichworte zu nennen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Finanzlage des Landkreises und seiner Gemeinden. Hier besteht auch ein direkter Zusammenhang über die Kreisumlage. Wie stehst Du dazu?

Der Landkreis verfügt mit der Kreisumlage über eine sichere Finanzierungsmöglichkeit, die den Gemeinden gänzlich fehlt. Die Gemeinden finanzieren sich in erster Linie über Gebühren und Steuern, d.h. sie sind stark von der Wirtschaftskonjunktur abhängig. Im Gegensatz zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bin ich grundsätzlich dagegen, die Kreisumlage nach Bedarf ohne Rücksicht auf die Haushaltslage der Gemeinden zu erhöhen. Bevor die Kreisumlage im Kreistag beschlossen wird, müssen alle Kosteneinsparmöglichkeiten und

alternative Finanzierungsmodelle hinreichend geprüft werden.

Nur durch leistungsstarke Gemeinden können diese und der Landkreis ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllen.

Der Landkreis hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden. Ist dieses Ziel realistisch?

Hier ist der Landkreis mit der Bestellung des Klimaschutzmanagers Hans Gröbmayr auf dem richtigen Weg. Um das Ziel zu erreichen, müssen Landkreis und Gemeinden eng zusammenarbeiten. Unterstützung können dabei insbesondere die kleineren Gemeinden bei der Umsetzung von eigenen Energiekonzepten brauchen.

Bildung ist die wichtigste Ressource, nicht nur in Deutschland allgemein, sondern auch im Landkreis. Du hast Dich jahrelang darum bemüht, dass Poing Standort für eine Realschule wird. Der Bayer. Staatsminister für Unterricht und Kultus hatte zunächst eine Realschule in Poing abgelehnt. Die Gemeinde hat sich jedoch mit Unterstützung des Landkreises weiter dafür eingesetzt.



Die neue Poinger Realschule

Hat sich das gelohnt?

Das kann man wohl sagen. Der Bedarf wurde bestätigt. Der Freistaat hat eine 2-zügige Realschule genehmigt, heute sind wir in den Eingangsklassen 4-zügig.

Der Landkreis Ebersberg hat sich mit Millionenbeträgen an der Finanzierung der Fachoberschule und Berufsoberschule in Erding beteiligt, damit unsere Schüler nach Erding in die FOS und BOS gehen können. Für die Zukunft sollten auch der Bedarf und die Wirtschaftlichkeit für eine eigene Fachoberschule und Berufsoberschule in unserem Landkreis geprüft werden. Auf Antrag der Poinger SPD/Bürgerliste hat mich der Gemeinderat beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt zu prüfen, ob Poing als Standort für eine FOS und BOS in Frage käme.

Im April 2013 wird voraussichtlich ein neuer Landrat oder eine neue Landrätin gewählt werden. Welche Fähigkeiten sollte diese Person mitbringen?

Sie sollte auf Augenhöhe mit den Kommunen Moderator und auch Dienstleister zwischen Landkreis und Gemeinden sein, sie sollte über die Bürgermeister einen engen Kontakt zu den Gemeinden pflegen und in gemeinsamen Zentralaufgaben die verantwortliche Federführung übernehmen.

Lieber Albert, wir bedanken uns für das Gespräch!

Das Gespräch mit Albert Hingerl führten Reinhardt Friedrich und Max Mundig.

Studieren ist teuer - Studiengebühren sind unsozial

Laut dem Deutschen Studentenwerk zahlt man für ein zwölfsemestriges Studium im Durchschnitt 60.000 Euro für Miete, den alltäglichen Lebensunterhalt, für Bücher etc. Mit dem Sommersemester 2007 hat die CSU im Alleingang in Bayern Studiengebühren eingeführt und über Jahre gegen alle Argumente stur verteidigt. In den meisten Bundesländern sind sie längst wieder Geschichte.

Die bayerischen Hochschulen stehen daher in harter Konkurrenz zu attraktiven Hochschulstandorten in den Nachbarländern und verlieren qualifizierte Abiturienten aus Bayern. Den dringend notwendigen Anstieg der Akademikerzahlen schaffen wir nur, wenn mehr Studierende aus allen Gesellschaftsgruppen an die Hochschulen kommen.

Doch die CSU hat die letzten Jahre eine unsoziale Politik zulasten vieler junger Talente in Bayern gemacht, hat viele Studienwillige und Studienfähige auf der Strecke gelassen, die gerne studiert hätten, denen aber die Kostenbarriere, die ihnen die CSU aufgebaut hat, schlichtweg zu hoch war.

dem Würgegriff der Volksabstimmung. Vor Angst gelähmt, vor Schreck erstarrt, den Macht- und Bedeutungsverlust vor Augen, weiß sie selbst nicht mehr, was sie eigentlich will.

In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag haben die drei Oppositionsfraktionen von SPD, Freien Wählern und Grünen die in dieser Frage heillos zerstrittenen Regierungsparteien aufgefordert, das



Wir unterstützen das Volksbegehren
„Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“

gebührenfreie Studium endlich auch in Bayern wieder einzuführen und damit weiter unter Handlungsdruck gesetzt.

Unter dem Titel „Studienbeiträge abschaffen – soziale Balance“ wiederherstellen, begrüßten SPD, Freie Wähler und Grüne die Absicht von Ministerpräsident Seehofer, die Studienbeiträge abzuschaffen. Man ist immer wieder überrascht, wie sich Ministerpräsident Seehofer in Lichtgeschwindigkeit von seinen früheren Posi-

Studiengebühren reden möchte, hat das Bayerische Innenministerium den Eintragungszeitraum für das Volksbegehren gegen Studiengebühren bereits festgelegt.

Vom 17. bis 30. Januar 2013 dürfen nun Bayerns Bürgerinnen und Bürger über ein gebührenfreies Erststudium per Volksbegehren entscheiden.

Reinhardt Friedrich

Die SPD-Anzing wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern friedvolle Weihnachten. Glück und Gesundheit im neuen Jahr.

Die SPD-Anzing lädt alle Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Neujahrsempfang am

20.01.2013 um 11.00 Uhr ein. Bitte entnehmen Sie die Ortsangabe der Presse oder dem Gemeindeblatt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Seitdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren zugelassen hat, hat die CSU Angst vor dem Volk.

Sie steht wie ein Kaninchen vor der Schlange und hat Furcht vor

tionen verabschiedet. Doch die CSU traute sich nicht, ihre 180-Grad-Wende gegen den Koalitionspartner FDP durchzusetzen.

Obwohl Ministerpräsident Seehofer nach der Weihnachtspause mit der FDP über die Abschaffung der

Impressum:

Anzinger Post,
Zeitung des SPD-Ortsvereins Anzing
email: anzinger.post@vr-web.de
Druck: Druckwerk, 80336 München
V.i.S.d.P.: Ernst Caspersen,
Parkstr. 37, 85646 Anzing

